



az BRUGG

AARGAU, BRUGG-WINDISCH, BADEN-WETTINGEN

Deshalb erhalten Ausländer den Zuschlag

Bözberg-Eisenbahntunnel Der Regierungsrat nimmt Stellung zu Herstellung und Transport von Beton-Bauteilen

VON MICHAEL HUNZIKER

Das Vorgehen stösst auf Unverständnis bei SP-Grossrat Martin Brügger aus Brugg: Die Beton-Bauteile - die sogenannten Tübbinge - für den neuen Bözberg-Eisenbahntunnel werden im Ausland «mit fremdem Kalk und Kies» hergestellt und von ausländischen Transportunternehmen per Lastwagen zur Baustelle gebracht. Für den 2,7 Kilometer langen Tunnel der SBB wird mit mehreren tausend Fahrten sowie einem Transportvolumen von 100 000 Tonnen gerechnet (die AZ berichtete).

Für Brügger ist es enttäuschend, «dass bei der Vergabe eines Staatsunternehmens nicht Aargauer Rohstoff, Aargauer Unternehmen und deren Chauffeure zum Zuge kommen». Er hat eine Interpellation eingereicht um - insbesondere - zu erfahren, ob und wie im Rahmen der Personenfreizügigkeit die ausländischen Transportunternehmen kontrolliert werden können, ob die Schweizer Unternehmen gleiche Chancen bei Ausschreibungen haben und wie für Chauffeure in der Schweiz die Arbeitsmarktsituation aussieht. Sein Vorstoss wurde unterstützt von sechs Parteien sowie Dutzenden Unterzeichnenden.

SBB haben Vorschriften

In seiner jetzt vorliegenden Antwort räumt der Regierungsrat zwar ein, dass er es durchaus begrüssen würde, wenn die SBB für diese Arbeiten Schweizer Firmen berücksichtigen könnten. Aber: Die betreffende Ausschreibung habe nach den geltenden Vorschriften zum öffentlichen Beschaffungswesen erfolgen müssen. «Entsprechend ist in diesen Verfahren die Gleichbehandlung aller Anbietenden sicherzustellen.» Anders gesagt: Dies könne dazu führen, dass ausländische Firmen den Zuschlag erhalten, die «bezüglich Qualität und Preis eine entsprechende Offerte einreichen».

Vorgaben beispielsweise zur Verwendung von bestimmten Rohstoffen seien grundsätzlich nicht zulässig, hält der Regierungsrat weiter fest. Der Umstand, woher die Beton-Fertigprodukte bezogen werden, habe nur indirekt «und in - wenn überhaupt - nicht näher bestimmbar Ausmass» einen



Lastwagen aus Weissrussland mit zwei Tübbingen für den Bözberg-Eisenbahntunnel: Auf dem Rastplatz zwischen Effingen und Gallenkirch legt ein Chauffeur eine Pause ein.

CLAUDIA MEIER/
ARCHIV AZ

Einfluss auf den allgemeinen Bedarf für neue Abbaugelände im Aargau. Anders gesagt: «Aus der Beschaffung von Betonelementen aus dem Ausland lässt sich daher nichts Schlüssiges für die Ausscheidung neuer Abbaugelände ableiten.»

Keine Kontrollen durchgeführt

Per Ende August 2017 seien unter den stellensuchenden Chauffeuren im Kanton deren 65 gezählt worden, die in der Lage wären, bei einem Schweizer Transportunternehmen eine Stelle per sofort anzutreten und diese Transporte auszuführen, so der Regierungsrat.

Grenzüberschreitende Gütertransporte in die Schweiz seien von der ausländischen Melde- oder Bewilligungspflicht ausgenommen, fährt er fort. Arbeitsmarktbeobachtungen oder gar Lohnverständigungsverfahren, lau-

tet die Antwort auf das Stichwort Kontrollen, hätten noch nie stattgefunden. Sowie so könnte das kantonale Amt für Migration und Integration keine effektiven Sanktionsverfahren durchführen

«mangels eines verbindlichen Mindestlohns im Gütertransport». Gemäss Submissionsdekret aber, betont der Regierungsrat, werde ein Auftrag nur an einen Anbieter vergeben, der die Bestim-

mungen über Arbeitsschutz und Arbeitsbedingungen einhalte.

Angesprochen auf das Transportvolumen von 100 000 Tonnen sowie die Beanspruchung der Strassen und die CO₂-Belastung, führt der Regierungsrat aus, dass eine benutzerspezifische Erfassung der Benutzung und Belastung der kantonalen Strasseninfrastruktur nicht durchgeführt wird. Aber: «Die Strasseninfrastruktur wird indes laufend überwacht und im Fall von expliziten Schäden durch Dritte werden die Verursachenden auch in die finanzielle Pflicht genommen.» Bei den eigenen Ausschreibungen von Tiefbau-Infrastruktur-Bauleistungen, fügt der Regierungsrat an, berücksichtige der Kanton Aargau das Zuschlagskriterium «Umwelt» mit beispielsweise der Beurteilung der Lieferdistanzen sowie dem Anteil an Recyclingmaterialien.

SP-GROSSRAT MARTIN BRÜGGER

Die Antwort befriedigt nicht

Die Antwort auf die Interpellation befriedigt laut SP-Grossrat Martin Brügger nicht. «Mir fehlt eine klare Aussage der Regierung zu dieser von der örtlichen Bevölkerung nicht verstandenen Situation, dass ausländische Firmen am Bözberg in dieser Art wirken und zum Zuschlag kamen.» Seiner Meinung nach wird das Gebaren der SBB respektive der Unterakkordanten sowie der ausländi-

schen Unternehmen nicht kritisch hinterfragt, nicht einmal eine Meldepflicht komme zur Anwendung. Die Regierung verschanze sich stattdessen hinter den Weisungen zum öffentlichen Beschaffungswesen. Der Regierung, stellt Brügger fest, sei offenbar die Situation der einheimischen und Aargauer Unternehmen egal. Der SP-Grossrat hat die Traktandierung des Geschäfts verlangt. (MHU)

AZ BRUGG HEUTE

■ Brugg sagen, warum sie wählen gehen

SEITE 25

■ Im Campussaal gibts 2017 einige Premieren

SEITE 27

INSERAT

Sorgefrei zügeln

- Umzüge
- Lagerhaus
- Logistik
- Reinigung

TWERENBOLD TRANSPORTE
056 485 82 60
www.twerenbold-umzug.ch - info@twerenbold-umzug.ch

25-Jähriger stirbt in Entzugsklinik

Windisch Für einen Drogenentzug wurde ein 25-Jähriger in die Psychiatrische Klinik Königsfelden eingewiesen. Jetzt ist er tot. Die Aargauer Staatsanwaltschaft hat nun eine Ermittlung eingeleitet.

Auf der Entzugsstation der Psychiatrischen Klinik Königsfelden ist es zu einem Todesfall gekommen. Das Ableben eines 25-jährigen Patienten wirft viele Fragen auf. Nichtsdestotrotz ruft es auch Kritiker auf den Plan. Eine ehemalige Patientin glaubt, dass der Tod hätte verhindert werden können.

Sie macht der Klinikleitung schwere Vorwürfe. «Uns wurde gesagt, dass er an einer Überdosis gestorben und erst 17 Stunden nach seinem Tod im Zimmer entdeckt worden ist», sagt die Frau gegenüber dem Regionalsender Tele

M1. Die Kontrollen in der Entzugsklinik seien generell zu lasch, kritisiert sie und beruft sich auf eigene Erfahrungen. Es sei nicht schwierig, Drogen hinein- und auszubringen. Das dürfe nicht sein, man gebe einen Menschen doch genau

«Ob es strafrechtlich relevante Handlungen gegeben hat, können wir jetzt noch nicht einschätzen.»

Fiona Strebel Sprecherin Staatsanwaltschaft

darum an einen solchen Ort, weil man Angst haben müsse, dass sonst etwas passiert.

Todesursache noch ungeklärt
Überdosis? Schlechte Überwachung? Das ist Spekulation. Warum der 25-Jährige gestorben ist, ist bisher nicht klar. Die Aargauer Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet und eine

Obduktion angeordnet. Auch der Klinikaufenthalt des Verstorbenen werde genau überprüft, erklärt Fiona Strebel, Sprecherin der Staatsanwaltschaft gegenüber Tele M1: «Ob es strafrechtlich relevante Handlungen gegeben hat, können wir jetzt noch nicht einschätzen.»

Die Psychiatrischen Dienste Aargau (PDAG) äussern ihr Bedauern über den Todesfall. Dass der Patient aber erst 17 Stunden nach seinem Tod gefunden wurde, dementieren sie. In Königsfelden seien stündliche Rundgänge üblich und Überwachungen würden wenn nötig durchgeführt. Man hält aber auch fest, dass die Entzugsklinik kein Gefängnis sei: «Im Sinne der Autonomie von Patientinnen und Patienten werden Unterbringungen in sogenannten geschlossenen Stationen vermieden, wenn keine unmittelbare Eigen- oder Fremdgefährdung besteht.»

Aussergewöhnliche Todesfälle melden die PDAG übrigens von sich aus der

Staatsanwaltschaft. Konsum, Besitz oder Verkauf von illegalen Substanzen würden nicht toleriert. Und: «Entzugsbehandlungen werden als Pflichtleistung der Krankenversicherung und in aller Regel auf Basis von Freiwilligkeit und Veränderungsmotivation durchgeführt», heisst es seitens der PDAG. (AZ)

INSERAT

AARGAUER WEINKULTUR

BESSERSTEIN

Entdecken Sie unser vielfältiges Weinsortiment

WWW.BESSERSTEIN-WEIN.CH